

Friday for future: Eine Lerneinheit in Sachen politische Bildung

von Suitbert Cechura

In vielen Ländern gehen Schüler und Schülerinnen während der Unterrichtszeit auf die Straße, um für ihre Zukunft zu demonstrieren. Der herrschenden Politik werfen sie vor, nicht genügend für den Klimaschutz zu tun. Sie wollen ihr Druck machen, damit sie die Sache des Klima- und Umweltschutzes endlich ernst nimmt. Dazu ein Kommentar von Suitbert Cechura.

Der Protest übt sich bewusst in zivilem Ungehorsam; es geht darum, die Schule zu schwänzen und so die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu unterstreichen. Die Parole lautet: Was sollen wir für die Zukunft lernen, wenn die heutige Politik die Zukunft des Planeten aufs Spiel setzt. (Siehe auch die Website der deutschen Bewegung: <https://fridaysforfuture.de/>.)

Die Motivationsphase

Mit ihrem Engagement für die Zukunft treffen die demonstrierenden Jugendlichen auf viel Verständnis und ernten Schulterklopfen. Stellvertretend für viele Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei: „Wenn Schülerinnen und Schüler für die Zukunft des Planeten auf die Straße gehen, dann kann man das auch als ausgelagerten Lebenskunde-

unterricht werten.“ („Friday for Future–Demos: Sollen Schüler be-

straft werden?“, Die Welt, 29.1.2019) Dass sich die Jugend

politisch engagiert, hat ihr viel Lob eingebracht, stand sie

doch im Verdacht, unpolitisch zu sein. Das Lob für das

politische Engagement gilt auch den Zielen. Gegen die

Zukunft kann man schlecht sein – und für Klimaschutz

sind fast alle Parteien. Aber einfach darauf zu bestehen,

dass die Ziele und Grenzwerte, die Politik wie Wissenschaft

als entscheidend vorgegeben haben, um den Klimawandel

aufzuhalten, auch in praktische Maßnahmen münden, das geht

zu weit!



Zugute gehalten wird den Demonstranten natürlich ihre Jugend, was aber gleichbedeutend damit ist, dass man sie nicht ganz ernst nimmt. Dass sie den Schulfrieden stören wollen und von den Politikern die Realisierung des Klimaschutzes fordern, wird ihnen als Jugendsünde oder idealistischer Übereifer angerechnet – und damit als eine Sache, die sich letzt-

lich auswächst oder der man mit pädagogischen Mitteln begegnen sollte. Denn bei allem Verständnis für das politische Engagement ist selbst der Vertreterin der Linken klar, dass sich der Protest im Rahmen des Erlaubten zu bewegen hat, weswegen sie über eine Einordnung des Protestes in den Unterricht nachdenkt. Insofern weigern sich alle Verantwortlichen, auch die, die den Protest gutheißen, das Anliegen der Protestierenden ernst zu nehmen, und begegnen ihm pädagogisch.

Lerneinheit Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht

Der erste Tipp, den die Schüler von Politik wie Schulaufsicht erhalten, empfiehlt ihnen, ihren Protest auf die unterrichtsfreie Zeit zu legen. Worauf dies zielt, ist deutlich: Eine Meinung zu einem politischen Anliegen zu haben, ist eine Sache; auf Durchsetzung dieses Anliegens zu dringen und deshalb die öffentliche Ordnung oder das Schulleben zu stören, ist etwas anderes und in dieser Gesellschaft nicht erlaubt. So folgt dem Verständnis für das politische Engagement und der Ermahnung zu ordentlicher Aufführung auch gleich eine Drohung: „Etwas vollkommen anderes ist es, wenn die Jugendlichen die Schule schwänzen und gegen Gesetze verstoßen, um eigene Vorstellungen durchzusetzen. Das ist vollkommen inakzeptabel“ (Albert Rupprecht, CSU, Die Welt, 29.1.2019).

Schon in der Schule dürften die Schüler gelernt haben, dass eine Meinung eben nur eine Meinung zu sein hat, weil es eben auch andere Meinungen gibt und nur das gilt, was die Politik zum Gesetz erklärt und somit unbedingter Gültigkeit versehen hat. Zwar mögen die Demonstranten gelernt haben, dass alle Macht vom Volke ausgeht; die Politiker weisen sie aber auf die Konsequenz hin, dass die Macht, wenn sie einmal ausgegangen ist, eben weg ist und sich bei den Politikern wiederfindet.

Als gewählte Vertreter sind sie eben nicht ihren Wählern verpflichtet, sondern ihrem Gewissen und damit frei in ihrer Machtausübung. Und deshalb verbitten sie sich jeden Druck auf ihr Geschäft. Störungen der öffentlichen Ordnung oder des Schullebens

Störungen der öffentlichen Ordnung oder des Schullebens haben zu unterbleiben ...

haben zu unterbleiben, womit die Schüler beigebracht bekommen, was sie sind: Untertanen, die zu gehorchen haben. Sie dürfen ihre Bedenken vortragen, aber haben es dann den politisch Verantwortlichen zu überlassen, wie sie damit umgehen. Dass sie die Politiker zu etwas verpflichten könnten, weisen diese entschieden zurück.

Um den Nachwuchs der Nation auf Linie zu bringen, müssen sich die Politiker nicht die Finger schmutzig machen. Dafür haben sie ihre Beamten in Person von Lehrern und Schulleitern, denen sie mit ihren Äußerungen in der Öffentlichkeit die Linie vorgeben. Dabei muss nicht jede Teilnahme an einer Demonstration gleich als Vergehen gegen die Schul-

pflicht geahndet werden, aber Grenzen müssen gesetzt werden. Wie die Schulen das im Einzelnen handhaben, bleibt weitgehend ihnen überlassen. Sie haben ausreichende Möglichkeiten, denjenigen, die dauernd gegen die Schulpflicht verstoßen, das Leben schwer zu machen, sei es durch Vermerke im Zeugnis, Ausschluss von weiterer Bildung bis hin zum Erschweren des beruflichen Einstiegs. Das Lernziel ist dabei klar: Schüler und Schülerinnen sollen einsehen, dass ihr Protest ihnen selbst schadet, und auf die Durchsetzung ihres Anliegens verzichten.

Lerneinheit der politischen Vernunft

Doch die Politiker wären schlechte Pädagogen, würden sie den Schülern nur mit Strafen drohen. Sie machen ihnen auch Angebote, z.B. in ihren Parteien an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Und so drängeln sich die verschiedenen Jugendorganisationen der Parteien, um als Teil oder am Rande des Protestes wahrgenommen zu werden. Die Richtung für die Teilnahme am politischen Geschehen gibt denn auch der zuständige Wirtschaftsminister vor: „Altmeier sagte dazu in einem Interview, er freue sich, wenn junge Leute von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen. Es sei aber schwierig, Klimaschutz und bezahlbare Stromversorgung unter einen Hut zu bringen.“ („Protest statt Unterricht“, rbb24, 25.1.2019)

... die verschiedenen Jugendorganisationen der Parteien wollen als Teil oder am Rande des Protestes wahrgenommen zu werden

Der Minister zeigt sich großzügig, wenn er darauf verweist, dass in diesem Lande Demonstrieren erlaubt ist. Er lässt es sich aber nicht nehmen, den Demonstranten gleich mit einer Klarstellung zu kommen: Klimaschutz ist gut und schön, doch gibt es auch noch andere Anliegen, die die Politik zu berücksichtigen hat, nämlich die Bezahlbarkeit der Ware Strom. Der Minister geht einfach davon aus, dass dies jedem einleuchtet. Die Versorgung mit Strom soll ein ebenso wichtiges Anliegen darstellen wie der Klimaschutz, wobei er bei der Stromversorgung einen entscheidenden Zusatz hinzufügt: Sie muss bezahlbar sein. Damit macht er deutlich, dass Strom seinen Preis hat und es nicht einfach darum geht, die Bewohner des Landes mit Elektrizität zu beglücken. Die Stromversorgung ist vielmehr ein Geschäft. Dass die Bürger Strom benötigen, ist für Firmen wie RWE oder EnWB das Mittel, aus ihrem eingesetzten Kapital einen Gewinn zu erzielen. Und diese Gewinnrechnung wird durch Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigt, es sei denn, die Firmen haben die Möglichkeit, ihre gestiegenen Kosten auf ihre Kundschaft abzuwälzen, um so ihre Gewinne zu sichern.

Wenn sich der Minister um die Bezahlbarkeit des Stroms sorgt, dann macht er in seiner Selbstdarstellung keinen Unterschied bezüglich der Kundschaft: Firmen beziehen – genauso wie Haushalte – Strom, und der Strompreis geht in ihre Kosten und damit in die Gewinnkalkulation ein. Der Wirtschaftsminister macht sich qua Amt um das Wachstum der Wirtschaft Sorgen. Für deren Gewinnrechnung ist es schädlich, wenn die Stromkosten steigen. Wachsen in der Wirtschaft sollen nicht die Güter und die Versorgung, sondern der in Geld bezifferbare Reichtum. Von dessen Wachstum sind die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen abhängig gemacht. Von den Stromkosten sind aber auch die Privatleute betroffen, die diese Kosten nicht auf andere abwälzen können und für die diese Ausgaben kein Mittel sind, um ihren Reichtum zu vermehren. Für sie sind die gestiegenen Stromkosten schlichtweg eine Einschränkung ihres Lebensstandards. Der Minister stellt sich mit seiner Berufung auf bezahlbare Stromkosten als einer dar, dessen Sorge beiden Seiten gleichermaßen gilt. Dabei ist der Strommarkt ein staatlich regulierter Markt, der die Unternehmen entlastet und die Bürger in Form der Energieumlage belastet.

Mit derartigen Ermahnungen und Belehrungen der Demonstranten will die Politik klarstellen, dass man nicht einfach für Klimaschutz sein darf, dieser sich vielmehr an den Notwendigkeiten des Wirtschaftswachstums zu relativieren hat. Und weil alle in dieser Gesellschaft davon abhängig gemacht sind, dass das Wachstum gelingt, wird auch immer wieder auf die Arbeitsplätze verwiesen, die vom Florieren der Kohlebranche oder überhaupt vom Wirtschaftserfolg abhängen. Den Lebensunterhalt können die meisten Menschen sich in diesem Lande eben nur dann verdienen, wenn sich ihre Beschäftigung für die Investoren lohnt. Ist dies nicht der Fall, weil deren Kostenrechnung nicht aufgeht, dann bekommen diejenigen, die von ihrer Arbeit leben müssen, eben keine Gelegenheit dazu.

So gehören Arbeitslosigkeit, Armut, hohe Mieten, Luftverschmutzung und Ruinierung der Natur zu diesem Wirtschaftswachstum notwendiger Weise dazu und die Politik sieht sich gefordert, die Folgen des Wachstums so zu regeln, dass diese Sorte von Reichtumsproduktion nicht ihre eigenen Grundlagen zerstört und ihren Fortgang beeinträchtigt. Die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, der zu Folge sich alles darum dreht, dass aus Geld mehr Geld wird, steht damit unumstößlich fest – und das ist die Basislektion, die jeder zu lernen hat, bevor er sich an die Sorge um die Umwelt macht. Kurz gesagt: Klimaschutz muss nach dieser Sichtweise „realistisch“ sein.

**Arbeitslosigkeit, Armut,
hohe Mieten,
Luftverschmutzung und
Ruinierung der Natur
gehören zu diesem
Wirtschaftswachstum dazu**

Realistischer Klimaschutz

Weil das kapitalistische Wirtschaftswachstum seine eigenen Grundlagen in Form der menschlichen und sonstigen Natur ruiniert, braucht es zu seiner eigenen Sicherung die Beschränkung des Wachstums durch Gesetze; ohne solche Regelungen könnte es nicht dauerhaft fortschreiten. In der Erstellung eines entsprechenden Regelwerks sehen Politiker ihre Aufgabe – und so gibt es letztlich niemanden, der nicht für Umweltschutz in der einen oder anderen Form wäre. Die Auflagen in Sachen Umwelt stellen für die Wirtschaft zwar eine Belastung ihrer Gewinnrechnung dar, sie sollen aber nie so weit gehen, dass dadurch deren Konkurrenzsituation in der Welt beschädigt wird. Schließlich hängt die Stärke Deutschlands als Nation wesentlich von der Stärke seiner Wirtschaft ab. Also gibt es den Klima- und Umweltschutz immer nur in einer Form, die es den Firmen ermöglicht, ihren Gewinn zu realisieren; oder ihnen werden neue Geschäftsfelder eröffnet, wie dies seit einiger Zeit bei Solarenergie oder Windkraftträdern, bei Elektroautos etc. der Fall ist. Die Entwicklung dieser Geschäftsfelder erfordert Zeit und Geld, also erfolgt so manche Klimaschutzmaßnahme auch sehr zögerlich. Diese Orientierung des Klimaschutzes an den Gewinnkalkulationen der Unternehmen erscheint manchem Bürger als Halbherzigkeit. Aber nur so ist sie in dieser Gesellschaft zu haben.

Wer diese Lektionen in Sachen wirtschaftliche Vernunft und Umweltschutz gelernt hat, kann in der Politik durchaus Karriere machen, wie die Grünen bewiesen haben. Als Realpolitiker haben sie sich diese Lektionen zu Herzen genommen und deshalb auch den Rahmenbetriebsplan für den Braunkohleabbau inklusive Rodung des Hambacher Forstes in ihrer Regierungszeit beschlossen. Auch haben sie den früheren Kanzler und Koalitionspartner Schröder in seinen Aktivitäten zum Schutze der deutschen Autoindustrie, die seine Nachfolgerin fortgesetzt hat, unterstützt. So wurde sichergestellt, dass EU-Umweltschutzregeln der deutschen Autoindustrie keine renditeschädigenden Auflagen erteilten und sie ungehindert Autos auf den Markt werfen durfte, die die Atemluft in den Städten verpesteten und das Klima schädigen¹. Der Dieselskandal hat denn auch deutlich gemacht, dass die Folgen in jedem Fall die Bürger und nicht die Autoindustrie zu tragen haben: Wer für bessere Luft in den Städten eintritt, der hat eben Einschränkungen in Sachen Verkehr und damit für den Weg zur Arbeit oder zum Supermarkt in Kauf zu nehmen. Wem das ein Gräuel ist, der darf sich über die verpestete Luft in der Innenstadt nicht beschweren.

**Der Klima- und Umweltschutz
erfordert Zeit und Geld, also
erfolgt so manche
Klimaschutzmaßnahme auch
sehr zögerlich**

¹ Siehe „Lungenärzte zum Dieselskandal – Ein Lehrstück in Sachen Medizin“, in: Auswege-Magazin, 31.1.2019, <https://www.magazin-auswege.de/?s=Cechura>.

Realistischer Umweltschutz hat aus dieser Sicht der Stärkung der Nation und deren Wirtschaft zu dienen, alles andere grenzt schon an einen Angriff auf die Nation, wie die Kanzlerin jüngst klargestellt hat: „Diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil sie plötzlich Bewegungen haben, von denen sie gedacht haben, dass sie nie auftreten – die immer ansetzen an einem Manko. In Deutschland protestieren jetzt Kinder für Klimaschutz. Das ist ein wirklich wichtiges Anliegen. Aber dass plötzlich alle deutschen Kinder - nach Jahren ohne sozusagen jeden äußeren Einfluss – auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann ich mir nicht vorstellen. Also Kampagnen können heute übers Internet viel einfacher gemacht werden und wir haben andere Kampagnen, ich will da nicht ins Detail gehen. Und wir haben auch andere Gruppen, ich will da durchaus Steve Bannon nennen, die nicht das europäische Modell im Sinn haben. Und dagegen müssen wir uns wehren.“ (Angela Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz, zit. nach W. Pomrehn, „Schulstreiks: Merkel sieht Russland am Werk“, Telepolis, 17.2.2019)

Man kann die Frau für wahnsinnig halten oder für eine Anhängerin von Verschwörungstheorien. Was aber an ihren Ausführungen deutlich wird, ist der anerkannte Standpunkt, dass sie bei allem Verständnis für Umwelt- und Klimaschutz in jeder Bestrebung, diese zum Hindernis für die deutsche Wirtschaft werden zu lassen, eine Bedrohung für Deutschland entdecken will. Und wenn deutsche Kinder sich nicht einfach für Deutschland stark machen, sondern für einen wirksamen Klimaschutz, dann müssen diese von ausländischen Kräften aufgehetzt sein. So schlicht sind die Gedanken einer Kanzlerin, die ansonsten immer auf komplexe Sachverhalte verweist. Und darin steckt auch eine Drohung: Wenn der Protest der Schüler und Schülerinnen sich nicht in den vorgegebenen Bahnen bewegt, dann hat er mit der ganzen Wucht der Regierungsmacht zu rechnen.

Wenn der Protest sich nicht in den vorgegebenen Bahnen bewegt, dann hat er mit der ganzen Wucht der Regierungsmacht zu rechnen

Nachbetrachtung

Angesichts der Drohungen, die dem Schülerprotest entgegengehalten werden und darauf gerichtet sind, die Verstöße gegen die Schulpflicht zu sanktionieren und den Protest in der Öffentlichkeit zu diskriminieren, ist abzusehen, dass es dieser Aktion nicht gelingen wird, die Politik auf etwas zu verpflichten, was sie nicht will. Man muss kein Prophet sein, um mögliche Konsequenzen zu benennen: Einige werden sich resigniert zurückziehen, andere werden sich auf das Angebot der Parteien einlassen. Wer jedoch von seinem Anliegen, der Zerstörung der Lebensgrundlagen entgegenzutreten, nicht ablassen will, der muss sich

Klarheit verschaffen, wie Politik und Wirtschaft in diesem Lande funktionieren und wie sie es schaffen, dass die Bürger trotz aller Schädigungen mitmachen. Der oder die kann es auch nicht dabei belassen, dass die Schülerschaft ungehorsam wird, sondern muss sich ebenso mit seinen Eltern anlegen, die vielleicht dem Protest wohlwollend gegenüber stehen, aber für sich entschieden haben, allen Notwendigkeiten nachzukommen und ihre möglicherweise kritische Haltung im Kauf von Bioprodukten und Veganwürstchen zu betätigen, mit denen übrigens ein glänzendes Geschäft zu machen ist...



Über den Autor

Dr. Suitbert Cechura, Bochum, Hochschullehrer und Sachbuchautor, letzte Veröffentlichungen „Unsere Gesellschaft macht krank – Die Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ (2018), „Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ (2015)

Kontakt:

www.suitbertcechura.com

☞ [Alle Aufsätze von Suitbert Cechura im Magazin AUSWEGE](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com

magazin-auswege.de – 20.2.2019 – S. 7
Friday for future: Eine Lerneinheit in Sachen politische Bildung
